

WENDLINGEN

Bahnübergang Schützenstraße soll weg

28.07.2011, VON CHRISTA ANSEL —

F Empfehlen

Tweet



Gemeinderat stimmt mehrheitlich dem Antrag auf Planfeststellung zu – Gremium übt Kritik am rüden Ton der Bahn AG



Der über Jahre angestaute Unmut über das Verhalten der Bahn AG hat sich in der jüngsten Sitzung des Gemeinderats erneut Luft gemacht. Obwohl die DB Netz AG bereit ist, die Mehrkosten bei der Umplanung der Beseitigung des Bahnübergangs in der Schützenstraße selbst zu tragen, verweigerte die Fraktion der Grünen die Zustimmung zum Antrag auf Planfeststellung.

WENDLINGEN. Die Beseitigung des Bahnübergangs in der Schützenstraße, darauf wies Bürgermeister Frank Ziegler hin, wird seit 30 Jahren diskutiert. Das Planfeststellungsverfahren für dieses Projekt wurde bislang allerdings von der Stadt bewusst nicht beantragt. Die Zurückhaltung dieses Antrags wurde von Verwaltung und Gemeinderat als Faustpfand gegenüber der Bahn betrachtet. Diese braucht den Abschluss des Verfahrens für das Projekt in der Schützenstraße. In diesem Bereich befindet sich nicht nur eine Weiche für die geplante Güterzuganbindung an die Neubaustrecke. Der Fortgang des Planfeststellungsverfahrens der Neubaustrecke samt der Verlegung der L 1250 hängt vom Planfeststellungsverfahren des Projekts Schützenstraße ab. Weil aber Fragen vor allem zum Thema Lärmbelastung von der Bahn einfach unbeantwortet bleiben, geforderte Informationen nicht gegeben werden und die Bahn sogar Mehrkosten für die Umplanung der Unterführung Schützenstraße zuerst der Stadt aufbürden wollte, stellte sich der Gemeinderat im Frühjahr erst mal stur. Das Ergebnis des Stresstestes zum Projekt S 21 sollte abgewartet werden.

In der Zwischenzeit fanden zahlreiche Besprechungen statt. Zuletzt beim Verkehrsministerium. Dort wurde den Vertretern der Stadt Wendlingen von der Bahn eine Vereinbarung vorgelegt, in der die DB Netz AG sich

verpflichtet, entstandene Planungs-Mehrkosten jetzt selbst zu bezahlen. Das gelte auch für mögliche noch entstehende Kosten. Verbunden ist diese Vereinbarung mit der Verpflichtung, das Planfeststellungsverfahren Schützenstraße ohne Verzögerung beim Regierungspräsidium einzuleiten. Der Gemeinderats-Beschluss vom Februar, das Projekt vorerst ruhen zu lassen, steht einer Unterzeichnung dieser Vereinbarung bislang entgegen. Also diskutierte das Gremium am Dienstag erneut.

Kritik an den Drohungen und dem rüden Ton der Bahn

Die Verwaltung hatte dazu dem Gemeinderat ein Kurzprotokoll des Gesprächs im Verkehrsministerium vorgelegt. Darin verweist die Bahn auf Verzögerungen im Verfahren durch die Weigerung des Wendlinger Gemeinderats. Die Bahn hält es für illusorisch, „dass ausgerechnet die BÜ-Beseitigung Schützenstraße zum Projektkiller“ werden könne. Das Schicksal des Großprojekts Stuttgart 21 und der Neubaustrecke hänge davon nicht ab. Was der Wendlinger Gemeinderat allerdings erreichen könne, seien teure zeitliche Verzögerungen, „über deren Tragung noch eine Klärung herbeizuführen sein wird“. Wendlingen schneide sich mit der Verzögerung ins eigene Fleisch.

Stadtrat Hermann Sommer (Grüne) kritisierte den rüden Ton der Bahn, empfindet deren Äußerungen als Drohung. Er stimme dem Antrag auf Planfeststellung nicht zu, solange nicht klar ist, in welcher Form die Wendlinger Kurve als Teil der Neubaustrecke gestaltet werde. Da sei erst mal das Ergebnis des Stresstests abzuwarten.

Auch Stadtrat Werner Kinkelin (Freie Wähler) forderte zuvor Klarheit darüber, wie die Wendlinger Kurve ausgebaut wird. Die Bahn habe so viel Porzellan zerschlagen, „ich glaube den Aussagen der Bahn nicht mehr“. Am Ende ließ Werner Kinkelin sich aber durch den Einwand des Stadtbaumeisters umstimmen.

Paul Herbrand hatte auf das Interesse der Stadt an der Unterführung Schützenstraße hingewiesen. Bei allem Verständnis für den Ärger über die Zusammenarbeit mit der Bahn stehe jetzt dem Start zur Planfeststellung aber nichts mehr entgegen. Werde das Projekt jetzt weiter verzögert, entstünden der Stadt, die hier als Bauherr auftrete, nur Nachteile.

Stadtrat Ansgar Lottermann (SPD) wies ebenfalls auf das eigene Interesse der Stadt hin, die Unterführung Schützenstraße schnell zu realisieren. Er forderte, auf eine sachliche Ebene zurückzukommen, an die Sache einen Knopf zu machen. Auch im Blick auf die drohenden Schadenersatzforderungen sieht er keinen Grund, das Projekt weiter zu verhindern.

Stadtrat Gerd Happe (CDU) erinnerte an die vielen Halbwahrheiten und Drohungen durch die Bahn. Dennoch plädierte er dafür, die Beseitigung des Übergangs in der Schützenstraße bald zu verwirklichen.

Stadträtin Ursula Vaas-Hochradl (Grüne) erinnerte an Zeiten, in denen die Stadt der Bahn in dieser Sache Druck gemacht habe, die sich aber nicht gerührt habe. Jetzt plötzlich habe es die Bahn eilig. Dabei komme es auf wenige Monate nicht an. Die Unterführung brauche die Stadt, das sei richtig. Solange aber zur Ausführung der Wendlinger Kurve Unklarheit herrsche, müsse die Schützenstraße warten.

Stadtrat Dr. Klaus Rilling hält es für unverantwortbar, jetzt von Seiten Wendlingens noch mal Sand ins Getriebe zu werfen und wurde hier von den Stadträten Peter Wittemann (CDU) und Björn Schmid (Freie Wähler) unterstützt.

Stadträtin Heidi Wolfer (Grüne) erhob unter anderem Zweifel an den Kosten. Die sind beim Projekt in der Schützenstraße mit 17 Millionen veranschlagt. Diese Kosten, so der Stadtbaumeister, wurden „von unserem Planer im letzten Jahr ermittelt“.

Seine Zustimmung verweigert hat neben der Fraktion der Grünen bei der Abstimmung auch Stadtrat Wilfried Schmid (Freie Wähler). Er tue dies nicht aus Trotz, sondern weil er von der Bahn zuvor wissen müsse, welche gewaltigen Veränderungen in diesem Teil der Stadt durch die Neubaustrecke tatsächlich zu erwarten seien.

Die Beseitigung des Bahnübergangs in der Wendlinger Schützenstraße ist seit 30 Jahren in der Diskussion. sel